

## Rechtsprechung

Finanzgericht  
Baden-WürttembergDie Höhe des Streitwerts spielt  
für die Richter keine Rolle

Streitfälle in Steuerfragen ziehen sich in der Regel über viele Jahre hin. Die Richter am Finanzgericht tun ihr Bestes, Altfälle abzuwickeln. Steuerberater beklagen die Kompromisslosigkeit mancher Finanzbeamter, die auch in Bagatellfällen eine Klage provozierten.

Von Uwe Roth

STUTTGART. Nichts ist so heikel wie eine Betriebsprüfung. Und nichts fordert mehr die Geduld eines Steuerberaters, wenn er im Auftrag seines Mandanten Einspruch gegen das Prüfergebnis erhebt. Michael Finkbeiner von der Kanzlei Allgaier, Finkbeiner, Wirth und Maas aus Ludwigsburg hat aktuell einen solchen Fall auf dem Tisch: Die Finanzbeamten kontrollierten die Akten seines Mandanten der Jahre 2001 bis 2005. Nach mehrjähriger Bearbeitungszeit kam 2010 der Bescheid. Der Steuerberater riet seinem Mandanten zum Einspruch. Bis heute wartet Finkbeiner auf eine Reaktion der Steuerbehörde. Nun hat er mit einer Untätigkeitsklage gedroht.

Sollte es mit der Rechtsbehelfsstelle des Finanzamtes zu keiner Einigung kommen, was erfahrungsgemäß ebenfalls dauern kann, bleibt als letzter Schritt die Klage beim Finanzgericht. Bis das Verfahren dort endgültig abgeschlossen ist, werden mit Sicherheit weitere Jahre ins Land gehen. „Die Beteiligten müssen den Fall auf der Grundlage des Steuerrechts erörtern, wie es letzten Endes Stand vor über zehn Jahren war“, erläutert Michael Finkbeiner, warum es manchmal schwierig ist, den Steuerfall nach so vielen Jahren juristisch zu beurteilen.

Eines der größten Finanzgerichte  
in Deutschland

Das Finanzgericht Baden-Württemberg gehört zu den größten Deutschlands und hat seinen Sitz mit zehn Senaten in Stuttgart sowie eine Außenstelle in Freiburg mit vier weiteren Senaten. Jedem Steuerpflichtigen steht der Gang zum Finanzgericht offen, wenn er mit sei-



Rechtsprechung braucht Zeit. Vor allem Streitfälle über Steuerfragen dauern häufig Jahre. Auch wenn sich die Quote der Altfälle am Finanzgericht inzwischen halbiert hat. FOTO: DPA

nem Finanzamt im Streit liegt. Er kann sich dort von einem Rechtsanwalt oder auch von seinem Steuerberater vertreten lassen. Klagen können lediglich aus formalen Gründen abgelehnt werden. Der Streitwert spielt dabei keine Rolle. Er kann bei 50 Euro oder fünf Millionen Euro liegen. Es gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung.

„Ich kann es durchaus verstehen, wenn ein hoch qualifizierter Richter leicht genervt die Verhandlung führt, weil er sich mit einem Bagatellfall beschäftigen muss“, sagt Finkbeiner und nennt einen Fall, in dem es um 500 Euro für ein Arbeitsbeamt nicht anerkennen wollte. Am Ende einigten sich beide Seiten auf die Hälfte der Summe.

Der Präsident des Finanzgerichts Baden-Württemberg, Hans-Peter Korte, weiß, dass er am Image des Gerichts arbeiten muss. Seit einigen Jahren lässt er den Bestand an Altfäl-

len kräftig abbauen: War 2008 noch jedes zehnte Verfahren nach mehr als drei Jahren unerledigt, so hat sich die Quote der Altfälle inzwischen halbiert. Ende September 2011 waren insgesamt 5366 Verfahren anhängig. Dreiviertel der Klagen sind in diesem oder im Vorjahr eingegangen. Das Eingangsdatum von 61 Fällen ist allerdings älter als vier Jahre.

Zahl der Bagatellfälle ist  
durch Risikomanagement gesunken

Die beschleunigte Arbeitsweise soll auch von den Steuerberatern verstanden werden. Das Finanzgericht hat sie in diesem Jahr zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Das Interesse war riesig. Die Teilnehmerplätze waren nach kurzer Zeit ausgebucht. Die Steuerberater nehmen die Veränderungen zur Kenntnis: „Wir sehen die Verbesserungen, wenn es uns auch manchmal immer noch zu lange dauert“,

sagt Dieter Dworzak von der Kanzlei Oettinger und Partner in Ditzingen. Dworzak verortet den Flaschenhals auch mehr bei den Finanzämtern als beim Finanzgericht.

Ebenso wie Finkbeiner ist er der Ansicht, dass mancher Finanzbeamte seine Unabhängigkeit über die Maßen strapaziert, auch ein Vorgesetzter nicht eingreifen kann, und so unnötig Klagen provoziert werden. Im Finanzgericht betont man dagegen eine Veränderung: Mit der Einführung eines Risikomanagementsystems bei den Finanzämtern sei die Zahl der Bagatellfälle merklich zurückgegangen. Die Sprecherin des Finanzgerichts kann die Kritik der Steuerberater an den scheinbar wenig kompromissbereiten Finanzbeamten so nicht gelten lassen. Sie erlebe die Gescholtenen in der Regel als sachkundig und lösungsorientiert.

Steuerberater Michael Finkbeiner schlägt die Einrichtung einer Streitschlichtungsstelle vor. Media-

toren außerhalb des Finanzamtes könnten bei der Suche nach einer einvernehmlichen Lösung helfen. Im Finanzgericht reagiert man auf solche Vorschläge zurückhaltend: Aus dortiger Sicht bringt eine Mediation keine Entlastung. Im finanzgerichtlichen Verfahren sei der Erörterungstermin einer richterlichen Mediation vorzuziehen. In einem solchen besprechen die Richter die Sach- und Rechtslage mit den Prozessbeteiligten. In vielen Fällen werde da eine Lösung gefunden. Nach der Gerichtsstatistik werden rund 80 Prozent aller Verfahren mit Klagerücknahmen beendet oder durch eine übereinstimmende Erledigungserklärung. Somit seien auch Richter klassische Streitschlichter.

## MEHR ZUM THEMA

Finanzgericht Baden-Württemberg mit Standorten in Stuttgart und Freiburg: [www.fg-baden-wuerttemberg.de](http://www.fg-baden-wuerttemberg.de)

## Stimmen zum Thema



Rainer Stickelberger (SPD),  
Justizminister von  
Baden-Württemberg

Im Bundesvergleich sind die Fachgerichtsbarkeiten im Land gut aufgestellt, aber die Situation vor allem in der Sozialgerichtsbarkeit ist angespannt. Die Landesregierung wird deshalb ab 2012 die Zahl der Planstellen, die mit Sozialrichtern besetzt werden können, durch Umschichtung um fünf erhöhen. In der Arbeitsgerichtsbarkeit sollen leidend viele Richterstellen wegfallen. Mit dem Finanzminister arbeite ich intensiv an einer Lösung.



Hans-Peter Korte,  
Präsident des Finanzgerichts

Wir erwarten uns von der elektronischen Akte bessere und komfortablere Bearbeitungsmöglichkeiten. Für Steuerpflichtige und deren Prozessbevollmächtigte wird gerade die in umfangreichen Verfahren unerlässliche Einsicht in die Akten erheblich erleichtert. Die Akteneinsicht muss dann nicht mehr in den Räumen des Finanzgerichts oder eines anderen Gerichts erfolgen, sondern kann vom Prozessbevollmächtigten in dessen Kanzlei auf elektronischem Wege vorgenommen werden.

Richter am Landesarbeitsgericht häufen  
mehr und mehr Überstunden an

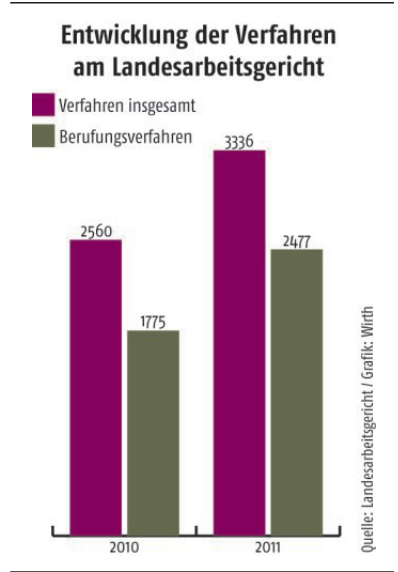
Um Verfahren nach Standardzeiten zu bearbeiten, wären 23,6 Richterstellen notwendig, 17,8 sind vorhanden

STUTTGART. Arbeitsrekord am Landesarbeitsgericht (LAG) Baden-Württemberg. Während in den Arbeitsgerichten des Landes die Lage wegen der guten Konjunktur sowie der damit einhergehenden geringen Arbeitslosigkeit derzeit eher ruhig ist, sind die Richter am LAG aktuell über ihrer Kapazitätsgrenze, lautet die Selbsteinschätzung: Von Januar bis einschließlich Oktober 2011 stieg dort die Zahl der Verfahren in der zweiten Instanz im Vergleich zum Vorjahr um fast ein Drittel, die der Berufungsverfahren sogar um knapp 40 Prozent.

Viele Verfahren sind noch Nachwehen  
der Finanz- und Wirtschaftskrise

Insgesamt kamen in den vergangenen zehn Monaten beim LAG 3336 Verfahren hinzu. Zu einem Großteil sind dies noch Nachwehen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Sie hat in der Folge eine Menge betriebsbedingter Kündigungen und Zahlungsklagen ausgelöst. 2009 und

2010 waren damit die Arbeitsgerichte in erster Instanz gut beschäftigt. Inzwischen haben die verbliebenen Verfahren das LAG als nächsthöhere Instanz erreicht. Darüber hinaus verursacht seit einiger Zeit ein „Großkunde“, so ein LAG-Sprecher, knapp 40 Prozent der insgesamt



1775 Berufungsverfahren. Es sind Klagen von Rentnern gegen IBM Deutschland auf Anpassung ihrer Betriebsrente.

Um Verfahrensdauer im Rahmen zu  
halten, bleibt weniger Zeit pro Fall

Dass die Richter am LAG seit diesem Jahr immer mehr Überstunden anhäufen und jenseits ihrer Kapazitätsgrenzen arbeiteten, hat die Geschäftsstelle des Gerichtes mithilfe des bundesweit angewandten „Personalbedarfsberechnungssystems“ (PEBB\$Y) errechnet: Um die Verfahren nach den festgelegten Standardzeiten abarbeiten zu könnten, würden 23,6 Richterstellen benötigt. Tatsächlich standen im Berechnungszeitraum aber nur 17,8 Richterstellen zur Verfügung. Dies entspricht einem Deckungsgrad von lediglich 75,5 Prozent, wie es in einer Stellungnahme des LAG heißt. Noch 2009 war die Situation eine völlig andere: Damals hatte der Deckungsgrad bei fast 120 Prozent gelegen,

2010 noch bei knapp 110 Prozent. „Insgesamt nicht besorgniserregend“ hieß es dazu in dem im vergangenen Februar vorgelegten Geschäftsbericht.

Ein Abrutschen des Deckungsgrads von 110 auf bloß noch 75,5 Prozent gibt nun doch Anlass zur Sorge. Für die LAG-Richter an den Kammern in Stuttgart, Mannheim und Freiburg bedeutet der Permanentengpass, sich weniger Zeit für jeden Fall nehmen zu können. Damit sei es ihnen immerhin gelungen, die durchschnittliche Verfahrensdauer von sechs Monaten im Vergleich zu den Vorjahren „nicht signifikant“ zu verlängern, so ein Sprecher des Gerichts, der zudem betont: Das Landesarbeitsgericht arbeite „trotz der gestiegenen Belastung immer noch zügig“. (uro)

## MEHR ZUM THEMA

Landesarbeitsgericht  
Baden-Württemberg:  
[www.lag-baden-wuerttemberg.de](http://www.lag-baden-wuerttemberg.de)

Sozialrichter erledigen viel  
Ermittlungsarbeit selbst

Am Landessozialgericht sind Richterstellen vakant

STUTTGART. Auf hohem Niveau stabilisiert. So umschreibt eine Sprecherin das Arbeitspensum der 45 Richterinnen und Richter am Landessozialgericht. Im Bericht über das Geschäftsjahr 2010 hatte die Präsidentin Heike Haseloff-Grupp noch von neuen Rekordzahlen berichtet. Im selben Jahr waren über 40 000 Klagen bei den acht Sozialgerichten in Baden-Württemberg und beim Landessozialgericht eingereicht und rund 39 100 Verfahren abgeschlossen worden.

Nach Mitteilung des Landessozialgerichts, das für Berufungen und Beschwerden zuständig ist, werden die Zahlen in diesem Jahr wohl ähnlich hoch ausfallen. Im Schnitt bearbeitet jede Kammer jährlich rund 300 Verfahren. Zwischen der Klageeinreichung und dem ersten Verhandlungstermin vergehen etwa elf Monate. In diesem Jahr dauert es ein wenig länger, da im Landessozialgericht Richterstellen vakant sind.

Grundsätzlich allerdings steht das Landessozialgericht nach dem

standardisierten Personalbedarfsberechnungsverfahren der Justiz mit einer Besetzungsquote von 90 Prozent „vergleichsweise gar nicht so schlecht da“, wie die Sprecherin mitteilt. Die gefühlte Belastung empfinden manche Richter aber stärker als die zeitliche, schränkt sie ein. Sozialrichter müssten sehr viel Ermittlungsarbeit selbst erledigen, und diese sei oftmals wegen der Anberaumung eines Termins für ein Eilverfahren zu unterbrechen.

Als die erste Klagewelle infolge der Hartz-IV-Gesetzgebung über das Landessozialgericht hereinbrach, war dort Land unter. Richter von den Arbeitsgerichten mussten aushelfen. 2008 änderte sich die Situation, zusätzliche Richter wurden eingestellt. Nun wird überlegt, ob diese ihren Kollegen beim Arbeitsgericht unter die Arme greifen könnten. (uro)

## MEHR ZUM THEMA

Landessozialgericht:  
[www.lsg-baden-wuerttemberg.de](http://www.lsg-baden-wuerttemberg.de)